

## **„Wir wissen um unsere Verantwortung“ - WBV trauert der vertanen Chancen nach, die Oldenburg nun nutzt**

Die Fraktion der Wilhelmshavener Bürgervereinigung WBV im Rat der Stadt Wilhelmshaven bedauert weiterhin, dass eine sehr knappe Mehrheit im Verwaltungsausschuss sich gegen Wilhelmshaven als Modellregion ausgesprochen hatte. Auch nach zahlreichen Erklärungsversuchen der Ablehnenden ist man weiterhin von der Chance, die sich damit geboten hätte, überzeugt. So gäbe es bislang keine Hinweise, dass der Einzelhandel oder die Gastronomie sich als Pandemietreiber erweisen. Die Lebensmittelläden seien z.B. durchgehend komplett geöffnet und zu Spitzenzeiten so stark frequentiert, dass Abstand schon schwierig sei, ohne bekannte Infektionsketten nach sich zu ziehen.

Auch derzeit ist der Besuch des Weiteren Einzelhandels doch schon möglich. Die erforderliche vorherige Terminvereinbarung erfolgt vielfach direkt vor Ort vor dem Betreten der Geschäfte, weil die einzuhaltende maximale Kundenanzahl noch nicht erreicht ist (und nicht wie eigentlich angedacht im Vorfeld via Telefon oder Internet). In dem vorgestellten Modellversuch hätte man dies nicht anders gemacht, nur dass der Besuch durch immer wieder tagesaktuelle Tests noch viel besser abgesichert gewesen wäre. „Deshalb sind die lokalen Modellversuche zur Lockerung des Lockdowns nicht nur sinnvoll, sondern auch dringend erforderlich. Dass die Stadt Oldenburg nun den Zuschlag erhalten hat, ist für die Kunst, Kultur, Gastronomie und Einzelhandel vor Ort mehr als ein Tritt vor's Schienbein“, ist WBV-Fraktionsvorsitzende Katja Breuer immer noch empört. Viele Menschen sehnen sich nach Abwechslung und gesellschaftlichem Leben, wozu auch ein Bummel durch die Stadt gehört. Die Geschäfte, Restaurants, Theater, Kinos und Museen in der Stadt brauchen dringend eine Perspektive, wie es weitergehen kann.

Gleichzeitig hätte die Begleitung durch die Hochschule Erkenntnisse liefern können, etwa zu durch ein erhöhtes Testaufkommen entdeckte bislang nicht bekannte Infektionen oder Infektionswegen und -ketten. Hinsichtlich der vor Ostern gestiegenen Infektionszahlen bzw. Quarantäneanordnungen auch in Bezug auf

Schulen und Kindertagesstätten hat die Stadt Wilhelmshaven informiert, dass diese Orte nicht ursächlich sind, sondern dies einem „diffusen Infektionsgeschehen im privaten Bereich“ zugrunde liegt. Diese Ketten weisen aber auch auf eine gewisse „Corona-Müdigkeit“ im privaten Bereich hin. Gerade hier würden die Testungen die Chance bieten, diese Infektionsketten zu durchbrechen.

„Da uns die pandemische Lage aber noch länger begleiten wird, müssen wir einen Weg finden mit ihr und der Gefahr zu leben. Kontrollierte Öffnung mit klar einzuhaltenden Regeln, wissenschaftlicher Begleitung und Testungen, die gleichzeitig die Chance bieten auch unbemerkte Infektionen zu entdecken, ein wenig Normalität für die Menschen und ein kleiner Lichtblick für die Gewerbetreibenden und scheinen da besser und sicherer als diffuse Infektionsgeschehen im privaten Bereich“, so der WBV-Sprecher und Ratsvorsitzende Stefan Becker. „Wir müssen einfach lernen mit dem Virus zu leben.“

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass der Ratssaal seitens der Ablehnenden offensichtlich als pandemiefreie Zone gesehen wird. Nur so lässt sich erklären, dass man sich dort mit rund 50 Personen zusammenfindet und die Möglichkeit der hybriden Teilnahme an der Ratssitzung so gut wie gar nicht wahrnimmt. Trotz Bitten und Mahnungen vom Oberbürgermeister und Ratsvorsitzenden.

Natürlich löst er bei vielen Bürgern angesichts steigender Infektionszahlen auch Skepsis und Sorgen aus. Doch muss sich niemand der Situation stellen. Jeder kann abwägen und frei entscheiden. Nur solche Versuche bieten die Chance, Erfahrungen zu sammeln für den Weg durch die Pandemie, der viel länger und härter geworden ist, als vor einem Jahr gedacht haben. Wenn selbst das Niedersächsische Gesundheitsministerium dieses Modellprojekt auslobt und das Gesundheitsamt Wilhelmshaven dahintersteht, geht es aus Sicht der WBV zu weit, dass Mitglieder des Verwaltungsausschusses sich anmaßen, sie wäre die Einzigen, die sich um die Gesundheit Sorgen machen.

„Wir wissen um unsere Verantwortung. Dem Ministerium und dem Amt sollte deshalb Vertrauen entgegengebracht werden, dass sie nicht leichtfertig handeln. Das Modellprojekt hätte hier eine Chance

verdient. Nun nutzen diese 14 andere Städte in Niedersachsen und wir hängen uns selber ab“, so Becker abschließend.